

Zur Stadtverordneten = Wahl.

Mitbürger, Arbeiter, Gewerbetreibende!

Wie beschämend rückständig das kommunale Leben in Halle ist, dank des lähmenden und verdummenden Einflusses der kommunalen Bezirksvereine, ergiebt sich mit erschreckender Klarheit aus der Thatfache, daß noch jetzt, kurze acht Tage vor den Wahlen, von einer wirklichen Wahlbewegung so gut wie nichts zu spüren ist. — Mit einer Gleichgültigkeit, als ob es sich um eine ganz unbedeutende Nebenache handele, wird von vielen Bürgern den Stadtverordnetenwahlen fast keine Beachtung geschenkt, kaum daß sie sich gemüßigt sehen, die ihnen von den verschiedenen Parteien zugesandten Wahl-Flugblätter durchzulesen.

Mitbürger! Das ist der Weg zum kommunalen Verderben! Auf diesem Wege ist ein erheblicher Teil der Halle'schen Bürgerschaft leider bisher gewandelt, und er hat uns dahin gebracht, wo wir jetzt stehen, nämlich

zur Zerrüttung der städtischen Finanzen,
zur Bedeutungslosigkeit der Stadtverordneten,
zur Allmacht des Magistrats,
zur Rechtslosigkeit der breiten Bürgerschaft,
zu ungezählten Mißgriffen in der Verwaltung,
zu beträchtlicher Erhöhung der Steuern,
zu einer verhängnisvollen Repräsentations-Politik,

die ihre Aufgabe nicht darin erblickt, den Wünschen der Bürgerschaft zu genügen, sondern darin, nach außen zu glänzen und zu prahlen mit einem Reichtume, der nicht vorhanden ist; mit einer Liebeshörigkeit, von welcher die eigene Bürgerschaft keine Beweise erhält, mit einem Entgegenkommen, das der eigenen Bürgerschaft ver sagt bleibt.

Kein Zweifel: Würden 10 000 hiesige Bürger gemeinsam einen Wunsch äußern, aber irgend eine recht hochstehende, fremde Person würde gegenteiliger Meinung sein, so würde unser Magistrat auf die Stimme des Einen hören, nicht aber auf die 10 000 Bürger. Wäre der Wunsch auch noch so berechtigt, so würde er doch unerfüllt bleiben. Von diesem bürgerfeindlichen, um nicht zu sagen: die Stimme der Bürger verachtenden Geiste ist das Wirken des Magistrats seit Jahren erfüllt, und in den letzten Jahren hat dieses verderbliche Wirken einen Umfang angenommen, der jeden Weiterblickenden mit Grauen vor der Zukunft erfüllen muß.

Mitbürger! Jeder wird zugeben müssen, daß das vorstehende Bild über unsere städtischen Verhältnisse nicht zu schwarz gemalt ist. Jedem haben sich vielmehr schon längst aus eigenen Erfahrungen und aus eigener Ueberlegung diese Empfindungen aufgedrängt.

An wem aber liegt die Schuld? In letzter Linie lediglich an uns selbst! Nachdem jahrhundertlang im Mittelalter die Magistrate der Städte, mit einem „regierenden Bürgermeister“ an der Spitze, ihr Wesen getrieben hatten und die meisten Städte infolge Günstlings- und Bettelnwirtschaft oder auch infolge direkter Betrügereien und Unterschlagungen seitens der Magistrate auf den Hund gekommen waren, bestimmte die Städteordnung, daß den Magistraten die Stadtverordneten zur Seite gestellt würden, als die Vertrauensmänner der breiten Bürgerschaft. Die Stadtverordneten sollen den Magistrat kontrollieren, seine Beschlüsse korrigieren, wenn sie nicht zum Wohle der Stadt gereichen; sie sollen den Magistrat anregen, wenn er nicht selbst die nötigen Fortschritte macht. So sollen die Stadtverordneten neben dem Magistrat stehen und mit ihm die städtische Verwaltung leiten, nicht aber sich unter ihn drücken lassen.

Wie sieht es nach dieser Richtung in Halle aus?

Selbst solchen Bürgern, die nicht daran denken, Opposition gegen den Magistrat treiben zu wollen, ist es schon längst klar geworden, daß unsere Stadtverordneten ihren Platz neben dem Magistrate nicht zu behaupten vermocht, daß sie sich unter ihn gestellt haben. Mehr als einmal mußte von der Bürgerschaft die wechliche Nachgiebigkeit der Stadtverordneten gegenüber den Magistrats-Vorlagen aufs heftigste getadelt werden. Somit füllen die Stadtverordneten in ihrer Mehrheit nicht die Stellung aus, die ihnen vom Gesetz angewiesen worden ist; sie vertreten nicht die Interessen der gesamten Bürgerschaft, wie es ihre gesetzliche Pflicht wäre; sie lassen sich bei ihrer Haltung von Einflüssen und von Erwägungen bestimmen, die oft genug den Wünschen der breiten Bürgerschaft direkt entgegengesetzt sind.

Woher kommt das?

Wie schon im ersten Flugblatte ausgeführt wurde, sind bisher die Stadtverordneten mit Ausnahme der wenigen sozialdemokratischen Vertreter von den kommunalen Bezirksvereinen „gemacht“ worden. Nicht nur, daß die Vertreter der ersten und zweiten Wählerklasse, auf deren Ernennung und Wahl die dritte Klasse ohnehin keinen Einfluß hat, von jenen kommunalen Vereinen ausgesucht werden, diese Vereine machen sich vielmehr auch an, die Kandidaten für die dritte Wählerklasse zu bestimmen. So kommt es, daß auch das letzte Drittel der Stadtverordneten unter der Fuchtel der kommunalen Bezirksvereine steht und die dringend nötige Opposition fast ausschließlich auf die sozialdemokratischen Vertreter beschränkt bleibt, deren Zahl bisher fünf betrug, von denen aber diesmal drei ausscheiden, darunter die beiden einzigen Vertreter für Alt-Halle Albrecht und Krüger.

In den kommunalen Vereinen herrschen nur die Interessen der Hausbesitzer, der Geldleute, der Beamten und des Kaufmannstandes. Dementsprechend werden auch die Stadtverordneten ausgesucht, so daß in diesem Jahre das Stadtverordneten-Kollegium aus folgenden Personen bestand:

vier Bankiers: Bethke, Frenkel, Lehmann, Stedner,
elf Kaufleuten: Apelt, Krumm, Berghaus, Brinkmann, Döhler, Hertel, Hofmeister, Klopffleisch, Richter, Ueber, Welsch (gestorben),
elf Großfabrikanten: Billing, David, Dehne, Engelcke, Greßler, Haase, Robert, Krause, Bindner, Kosky, Schmidt,
drei Professoren: Dittenberger, Baumert, Kohnschütter,
drei Beamten: Brüncke, Bruß, Red,
fünf Rentiers: Fischer, Jentsch, Lösch, Roth, Stephan,
fünf Rechtsanwälte: Föhning, Glimm, Keil, Lembler, Schütte,
sieben Baumeistern: Fölsche, Giese, Grote, Ungas, Seifer, Hildebrandt, Pfaul,
zwei Hoteliers: Lüderik, Resse,
drei Aerzten: Lehmann, Rammelt, Schmid-Monnard,
vier Gewerbetreibenden: Brömmel, Herz, Kofsch, Spindler (die drei letzteren sind sämtlich Gärtnereibesitzer),
einem Lehrer: Meyer.

Dazu kommen die fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten:

ein Schneidermeister: Albrecht,
ein Korrektor: Krüger,
ein Geschäftsführer: Gerig,
ein Baunternehmer: Emmer,
ein Schriftfeger: Osterburg.

Niemand wird das Zahlenverhältnis der Berufe, das durch die Erwählten der kommunalen Vereine gegeben ist, für richtig halten. Vier Bankiers! Elf Großkaufleute! Elf Großfabrikanten! Sieben Baumeister! Fünf Rentiers! Da ist es nicht zu verwundern, daß ein derart zusammengesetztes Kollegium Beschlüsse faßt, die nach einer beliebigen Rede-weise „zum Stiefelausziehen“ sind.

Und ist eine Gesinnungsänderung bei den kommunalen Vereinen zu erwarten? Im ganzen Leben nicht! Sie sind und bleiben der Topf, in denen die Klippen der Fabrikanten, der Geldleute und der Baumeister die Suppen ihrer eigenen Interessen kochen. Unter 59 Stadtverordneten der Bezirksvereine im ganzen vier Gewerbetreibende, und darunter auch noch drei Gärtner! Mühte es nicht jedem Handwerksmeister und Gewerbetreibenden wie Schuppen von den Augen fallen, daß sie von den Bezirksvereinen nur als Stimmvieh benutzt werden? Und kann es vor allem auch nur ein einziger Arbeiter über sich gewinnen, bei solcher Sachlage seine Stimme für einen Kandidaten der kommunalen Vereine abzugeben? Wo jeder Blinde erkennen muß, was es in Wirklichkeit mit den Kommunalvereinen, die die Interessen der breiten Bürgerschaft vertreten statt vertreten, auf sich hat, sollten doch die Sehenden und Denkenden sich endlich von einem Gängelbände frei machen, das uns zum größten Schaden gereicht hat, das unserer Stadt nachgerade zur Schande wird, und dessen Wirkung am besten aus den Thaten der Herren klar wird.

Wie es anderwärts ist.

Schon längst hat sich unsere Bürgerschaft daran gewöhnen müssen, an den Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordneten nur sehr bescheidene Ansprüche zu stellen. Wenn keine großen Dummheiten gemacht werden, sind wir schon zufrieden. Wo hat die Stadtverwaltung nach irgend einer Richtung den weiterschauenden Blick, das Organisationstalent und die geschäftliche Finanzgebarung gezeigt, die die Bürgerschaft zu fordern berechtigt ist, wenn sie ihren ersten Beamten 17 000 Mk., 12 000 und 10 000 Mk. Gehalt zahlen soll?

Nichten wir unsere Blicke nach England! Gewiß ist auch dort bei weitem nicht alles Gold, was glänzt. Aber so viel steht fest: Eine Stadtverwaltung, die so wenig großen Blick zeigen würde wie die unsere, die so offenbar gewisse Konventionen, Klippen, Sonderinteressen und Sonderwünsche begünstigen wollte wie die unsere, wäre in einer der aufstrebenden Städte Englands, höchstens die City von London ausgenommen, schon längst unmöglich, sie wäre vom Unwillen der Bürgerschaft fortgejagt worden.

In vielen Städten Englands, namentlich in den größeren Industriestädten, hat sich die Stadtverwaltung aller lohnenden öffentlichen Betriebszweige bemächtigt. Sie gewinnt daraus die Mittel, auch die nichtlohnenden, aber im Interesse der Allgemeinheit liegenden Beschäftigungen in die Hand zu nehmen. Die Straßenbahnen sind in städtischer Regie, und obwohl die Arbeiter für wenige Pfennige weite Strecken bis nach den Vororten fahren können, werden die Straßenbahnen große Reingewinne ab. Wir finden in England Städte, die auf eigenem Grund und Boden Hunderte von Wohnhäusern aus eignen Mitteln bauen und sie billig vermieten. Wäschereien sind in städtischer Regie, in denen jede Hausfrau in bequemster Weise für 6 Pf. pro Stunde ihre Wäsche reinigen kann. In den öffentlichen Parks werden täglich Freikonzerte gegeben, und die Restaurationen sind in städtischem Betriebe; die Preise für Speisen und Getränke sind billig. Straßenreinigung und die Müllabfuhr werden von der Stadt besorgt. Die Fäkalien werden, wo nicht das Rieselsystem besteht, durch die Stadt nach dem Tonnen-system abgefahren. Öffentliche Bäder mit spottbilligen Preisen, öffentliche Wesehallen, Museen, die täglich geöffnet sind, stehen jedem zur Verfügung. Bei allen Arbeiten, die von der Stadt vergeben werden, müssen die Unternehmer selbstverständlich die von den Gewerkschaften aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen streng einhalten; Streikklauseln gibt es nicht. Ein Unternehmer, der die Streikklauseln in seinen Vertrag mit der Stadt aufgenommen wissen wollte, würde für nicht gesund gehalten werden. — Das Begräbniswesen ruht in den Händen der Kommunalverwaltung. Und immer neue Gebiete ihrer Bethätigung suchen die Kommunen auf. Die Folge davon ist ein frisches, gesundes Gemeindeleben, Vertrauen der Bürgerschaft zur Stadtverwaltung, bereitwilliges Mitarbeiten

und Helfen, wenn es Schwierigkeiten zu überwinden gilt. Die Finanzen sind in Ordnung; die Steuern werden nur von den Reichen und von den Hausbesitzern erhoben; trotzdem denkt niemand daran, die Arbeiter ihrer kommunalen Rechte zu berauben. Im Gegenteil: Die Magistrate freuen sich, wenn auch in den Arbeiterkreisen das Interesse am kommunalen Leben erwacht, und gern zieht man sie zu Beratungen, zu Begutachtungen hinzu. Und diese Magistrate sind beileibe nicht sozialdemokratisch; freilich sind sie auch nicht mehr so kindisch, die Sozialdemokraten auf Schritt und Tritt bekämpfen zu wollen.

Aber nicht nur in England, auch in einigen deutschen Städten geht ein wesentlich frischerer Zug durch die Verwaltung, als in dem so ganz verstaubten und verstaubten Halle. Berlin, Frankfurt a. M., Darmstadt, auch einige süddeutsche Städte sind nach vielen Beziehungen auf den Gebieten der Kommunalverwaltungen uns weit voraus. Wie der Moderdust aus einer Totengruft steigt es auf, wenn man sich erinnert an das, was in den letzten beiden Jahren in und von der Stadtverwaltung gesündigt worden ist.

Einige bemerkenswerte Worte und Thaten.

Auf Vollständigkeit kann die folgende Zusammenstellung bei weitem nicht Anspruch erheben; aber sie dürfte genügen. Wir greifen aufs Geratewohl in unsere Mappe und werden da an nachfolgendes erinnert:

1. Kaum waren die 4000 Mk. aus städtischen Mitteln im Herbst 1899 bei Einzug der Artillerie vom Magistrat und seinen geladenen Freunden verschmaust worden, da mußte unser Parteigenosse Albrecht im Stadtverordnetenkollegium Beschlüsse fassen, daß einem kranken Arbeiter, dessen einziger Sohn beim Militär stand, und dem im August die Steuern niedergeschlagen worden waren, so daß er sein Wahlrecht einbüßte, im September der einzige Tisch für rückständige Steuern gepfändet wurde. Und als die Frau klagend dem Exekutor zurief, sie müßten dann doch von der Erde essen, erhielt sie zur Antwort: „Dann essen Sie eben von der Erde; das läßt uns kalt!“ Die kommunalvereinlichen Stadtverordneten hörten diese bittere Anklage mit an und blieben stumm. Was sollten sie auch sagen? Satten sie doch in derselben Sitzung, welche die 4000 Mk. für den Festschmaus bewilligte, den Armenetat um ebenfalls 4000 Mk. gekürzt. — Dort 4000 Mark verschmaust; hier den einzigen Tisch einem kranken Proletarier gepfändet — das reimt sich gut zusammen!

2. Als am 8. Januar 1900 von unseren im Kollegium sitzenden Fremden getadelt wurde, daß für die Volksschulen so wenig Zuschuß pro Kopf eines Kindes geleistet werde (nur rund 32 Mk.), während auf jeden Kopf eines Oberrealschülers der städtische Zuschuß von 141 auf 165 Mk. erhöht werden solle, da antwortete der Oberbürgermeister Staudé: „Für die Volksschüler wird genug gethan. Glauben Sie, daß wir uns unsere höheren Schulen werden erdrosseln lassen?“ Die Hebung der Volksschulen ist Herrn Staudé also gleichbedeutend mit einer Erdrosselung der höheren Schulen. — Auch der freisinnige Kommunalheld Kaufmann Richter hatte damals auf unsere Freunde mit ein.

3. In der folgenden Stadtverordnetenversammlung am 15. Januar 1900, in welcher von den Erforenen der Kommunalvereine die vom Magistrat geforderten 1000 Mk. zu einem Rempreise für den sächsl. thür. Reiterverein bewilligt wurden und Stadtv. Keil diese Bewilligung als „eine gewisse Anstandsspflicht“ erklärte, lehnten die Herren die feste Anstellung der Laternenwärter ab. Und als in der nächsten Sitzung der Wochenlohn der Maschinisten und Heizer im städtischen Schlachthofe bis auf 18 Mk. erhöht werden sollte, was jährlich 200 Mk. Mehrausgabe gegen die Magistratsvorlage ausgemacht hätte, blieben unsere Parteigenossen allein. Alle anderen stimmten dagegen.

4. Aus der städtischen Gasanstalt war ein Arbeiter entlassen worden, weil er für Beitritt der Gemeindearbeiter zur gewerkschaftlichen Organisation thätig war. Unsere Freunde tadelten das. Bürgermeister v. Holly hielt die Maßregelung für berechtigt, weil jener Arbeiter „die Löhne habe wollen in die Höhe treiben“. Und als unser Genosse Krüger erwiderte, die Herren im Magistrat brauchten freilich nicht die Hilfe einer Organisation, wenn sie mehr Gehalt haben wollten, rief ein kommunalvereinlicher Stadtverordneter: Wir danken unserem Herrn v. Holly!“

5. Vom **Rittergut Weesen-Annendorf** hatten **4070** Quadratmeter zur Errichtung von Gebäuden für das **Wasserwerk** abgelöst werden müssen. Dafür wurden dem **Bäcker 12 960** qm anderes städtisches Land von gleicher Güte überlassen. **Albrecht** und **Krüger** protestierten entschieden gegen diese große Benachteiligung der Stadt; doch gegen ihre Stimmen wurde der Magistratsantrag angenommen. O, die Herren können sehr splendid sein, wenn es nicht aus ihrem eignen Beutel geht.

6. Der Garnisonälteste, General **Kenthe** genannt **Finck**, hatte alle Welt boykottiert. **18 hiesige Saalbesitzer** erjudeten in einer Eingabe an die Stadtverordneten, gegen diese unerhörte Geschäftsbeeinträchtigung zu protestieren. Wieder waren es nur **Krüger** und **Albrecht**, die das Wort ergriffen. Kaum hatten sie geendet, da stellte der Kommunalvereiner **Brinkmann** einen Schlusstrag, und die Sache war begraben. Nur **Stadt v. Schmidt** versicherte, er werde die Sache bei der ersten besten Gelegenheit wieder zur Sprache bringen. Er hat's jedoch vergessen. — So wahren die Kommunalvereinshelden die Rechte ihrer eignen Klassenossen. Das war am 26. März 1900.

7. Eine **Lotterie für den Ausbau der Morisburg** sollte bewilligt werden. **Albrecht** und **Krüger** sprachen gegen diese verwerfliche Methode, sich Geld zu verschaffen. Oberbürgermeister **Staupe** trat stramm für die Lotterie ein, da sie „die höchste Protektion erhalten werde“. Die Erforenen der Kommunalvereine stimmten für die Lotterie, die freilich wegen der inzwischen eingetretenen Erhöhung des Lotteriestempels ins Wasser fiel.

8. Wiederholt sind unsere sozialdemokratischen Vertreter für **Wegfall des Brückengeldes** nach der Peisnitz und nach **Kröllwitz** eingetreten. Die **Staupe**, **Holly**, **Pfau**, **Heiser**, **Nichter** u. a. wußten aber stets allerhand Einwände zu machen, so daß wir noch heute innerhalb Halle die standalöse Thatsache zu verzeichnen haben, daß bei dem Verkehr zwischen den einzelnen Stadtteilen und namentlich von **Kröllwitz** herüber **Brückengeld** bezahlt werden muß. **70 000 M.** bei einer Denkmalseinweihung zum Fenster hinauswerfen, das bringen die Herren fertig; aber das **Brückengeld** innerhalb der Stadt aufzuheben, dafür sind sie nicht zu haben. Allerdings hat das **Brückengeld** über die **Peisnitzbrücke** auch den löblichen Zweck, den Arbeiterplebs von der **Fußel** möglicherweise fern zu halten. Der Geruch von Arbeiter-schweiß könnte gewisse vornehme Nasen verletzen.

9. Wiederholt mußte **Verhwerde** geführt werden über allerlei **Polizeiwillkür**. Als unsere Freunde Protest gegen die Anstellung eines Polizisten erhoben, der als Unteroffizier wegen elf Fällen von Mißhandlung bestraft worden war, erklärte v. **Holly** lächelnd, die Polizisten müßten auch der b drein hauen können. Ein andermal entschuldigte sich Herr **Staupe** damit, die Polizei sei eine eigene Behörde mit selbstständigen Rechten; er könne da nicht eingreifen. Und dabei ist derselbe Herr **Staupe** der oberste Leiter der hiesigen Polizei! — Einen **Wüßte mann** nahm die hiesige Polizei in Schutz; die Bürger finden vor den politischen Uebergriffen nicht denselben Schutz wie jener Glende. Sagte doch jener Polizist: „Wären es **Arbeiter** gewesen, so hätten wir mit **der Klinge** dazwischen gehauen; es waren aber **Studenten**, und deshalb mußten wir **Rücksichten** nehmen!“ Das ist halbes Polizeirecht.

10. Am 2. Juli 1900 wurden in **geheimer Sitzung** mit dem Ertrabeschluß auf strengste Geheimhaltung **1200 M.** bewilligt für Bewillkommung des Verbandstages der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Fast nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen. In der Sitzung zuvor, am 25. Juni hatte **Krüger** tadeln müssen, daß sich der Magistrat ohne jede Spur eines rechtlichen Anspruchs an die hiesigen Krankenkassen gewendet hatte, sie sollten die **3000 M.** mit aufbringen helfen für Errichtung eines städtischen Untersuchungsamtes für ansteckende Krankheiten. — Hier ein Geschenk und dort **Bittgesuche** um milde Gaben! Das bringt unser Magistrat fertig.

11. Als am 9. Juli 1900 **Albrecht** zur Sprache brachte, einer armen Frau sei die Invalidenrente von der Armenunterstützung gekürzt worden, antwortete **Stadt v. Pütter**, die Frau bekomme **9 Mark** (monatlich) da könne von **Kotlage** keine Rede sein; aber die Frauen, die sich in solchen Angelegenheiten von Sozialdemokraten Rats erhalten, seien immer „**kolossal unverschämt**“ aufgetreten. — Wenn einer armen Frau die paar **Mark Invalidenrente** gelassen werden, oder wenn

die Frau eines im Dienste verunglückten städtischen Schulhausmannes eine kleine Rente erhalten soll (12. November 1900), da muß die Stadt zu Grunde gehen; aber tausendmarkweise das Geld für Geschenke hinauswerfen, dem „**Volkswohl**“ jährlich **3000 M.** zuwenden, ohne daß der Stadt die Kontrolle über die Verwendung zusteht, **500 M.** zum Empfang des Gartenkünstler-Vereins bewilligen (18. Juni 1900), desgleichen **300 M.** für die Versammlung des deutschen Bädervereins (1. Oktober 1900), desgleichen **2000 M.** noch extra zur „**Verschönerung des Kaiserdenkmals**“ (26. November 1900), desgl. dem „**Volkswohl**“ nochmals **500 M.** für Turnspiele (17. Dez. 1900), desgleichen **1000 M.** für ein **Melanchthon-Denkmal** (25. Februar 1901), desgleichen **1200 M.** für **Illumination** u. s. w. (4. März 1901), desgleichen **500 M.** für den **Bäcker-Zinnungsverband** (13. Mai 1901), desgleichen die unbergelichen **70 000 M.** für die Denkmalseinweihung (10. Juni 1901), desgleichen **3000 M.** für das **Landgestüt Kreuz** (23. Sept. 1901) — der Magistrat hatte gar **6000 M.** verlangt — das bringen Magistrat und Stadtverordnete fertig. Und wenn unsere Freunde ihre Stimmen dagegen erheben, werden sie angegröht oder niedergedrückt, oder man schweigt sich aus.

12. Unvergeßlich wird es allen Arbeitern sein, welche **Hal-tung** Magistrat, Polizei und Stadtverordnete zu **den verschiedenen Streiks** eingenommen haben, obwohl Herr **Staupe** noch am 17. September 1900 erklärte, der Magistrat kümmerne sich um Lohnstreitigkeiten nicht. Ueber die Petition der **Steinseger** gingen die Stadtverordneten am 22. Oktober 1900 auf Antrag **Gygas** einfach zur Tagesordnung über. — Es ist ja so bequem, auf diese Weise die lästigen Mahner loszuwerden!

13. Als **Stadt der Schulen** preißt so gern Oberbürgermeister **Staupe** die Stadt Halle. Als aber am 8. Oktober 1900 Genosse **Emmer** eine geringe Erhöhung des Betrages für **Speisung armer Schulkinder** befürwortete und **Albrecht** **6000 M.** für diesen Zweck vorschlug, da wehrte sich Herr **Staupe** sehr energisch dagegen, und **Stadt v. Pütter** brachte es fertig, zu sagen, es gebe schon Mütter, die gar nichts mehr für ihre Kinder thun und die früh einfach im Bette liegen bleiben. — Welch' tiefes Verständnis eines Magistratsmitgliedes für das endlose Elend eines Arbeiterlebens! Von den Helden der Kommunalvereine rührte sich niemand bei dieser in ihrer Allgemeinheit durchaus unzutreffenden Verleumdung der Arbeiterfrauen.

14. Als es sich am 19. November 1900 um **Beseitigung der Streikflaue** handelte, erhoben sich nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten für **Besprechung** der Interpellation. Alle anderen blieben sitzen, nachdem Herr **Staupe** mit beneidenswerthem Mute erklärt hatte, der Magistrat habe immer nach Gesetz und Recht gehandelt. Urd als am 16. September 1901 die einfachsten gewerkschaftlichen Forderungen, die auch im Interesse der selbständigen Kleinhandwerker liegen, bewilligt werden sollten, rief Herr **Staupe** die wehmütiger Stimme: „Es wäre himmelschreiend, wenn diese Anträge gut geheßen würden!“ — Ach, Herr **Staupe**, da ist gar manches andere viel „himmelschreiender“! — Aber die Bankiers, Großfabrikanten, Großkaufleute und Baumeister der Kommunalvereine nickten verständnisinnig mit dem Kopfe und stimmten den Antrag unserer Freunde nieder.

15. Sehr besorgt um das **Wohl der Kirchen** ist Herr v. **Holly**, der zweite Bürgermeister. Am 14. Januar 1901 legte er sich gar arg ins Zeug, daß der **Pauluskirche** die **607.50 M.** an Baugebühren erlassen werden möchten, weil es „nach außen“ keinen guten Eindruck machen würde, wenn das Kollegium es ablehne, weil ferner die Kirche in der Volkserziehung obenan siehe und weil „von allerhöchster Stelle“ eine Spende zum Kirchenbau geflossen sei. Als **Krüger** kurz und treffend erwiderte, man möge lieber Schulen bauen statt Kirchen und Kaffern, trat auch der **Arzt Dr. Schmidt-Monnard** für das Geschenk an die **Pauluskirche** ein, weil das „im Interesse der Stadt“ liege. Herr **Schmidt-Monnard** ist allerdings der Schwiegerjohn des „berühmten“ Baumeisters **Kühnt**, auf dessen Areal die **Pauluskirche** errichtet wird. — Noch fr-eigiebiger im **Interesse der Kirchen** zeigte sich v. **Holly**, als er am 20. Mai 1901 beantragte, es sollten **12 000 M.** aus den **Sparkassen-Ueberschüssen** zu einem besonderen **Kirchenfonds** zurückgelegt werden. Diese Forderung nahm sich um so schöner aus, als für Unterstützung der **Schwindsüchtigen** ganze **300 M.** für die **Nofstandsarbeiten** nur **10 000 M.** mit **Ach** und **Brach** bewilligt worden waren.

16. Welche Kunstansichten Herr Staude als Stadtoberhaupt am 29. April 1901 bei Beschlussfassung über Volksvorstellungen im Stadttheater entwickelt hat, wie er sogar als Oberbater der „Schulstadt“ Halle am 21. Jan., 29. April u. 6. Mai 1901 gegen jede Erweiterung bei **Beschaffung unentgeltlicher Lernmittel** auftrat, obwohl nach dem vorjährigen Magistratsbericht fast die Hälfte der hiesigen Einwohnerschaft unter 900 Mk. Jahres Einkommen hat, welche Stellung der gesamte Magistrat bei der **Petition gegen den Protwucher** eingenommen und wie er das hiesigen **Erbbaurecht** vollends verhungert hat, damit ja nicht die Arbeiterschaft den Klauen der Hansagravier entrückt wird, wie ferner durch **Streichungen aus der Wählerliste** in den Jahren 1897, 1899 und 1901 Tausende von Arbeitern um ihr kümmerliches Wahlrecht gebracht worden sind, wie auf der anderen Seite wiederum mit unbarmherziger **Strenge kleine Steuerrückstände eingetrieben** wurden, und wie bei all diesen glorreichen Magistrats thaten die von den Kommunalvereinen empfohlenen und von der Mehrheit der Wahlteilnehmer gewählten **Stadtverordneten** bis auf seltene Ausnahmefälle **dem Magistrat treue Dienerschaft leisteten**, das muß noch jedem Arbeiter und Handwerker in Erinnerung sein.

17. Im vollsten und unvergänglichsten Glanze zeigte sich jedoch Magistrat und die kommunal vereinlichen Stadtverordneten, als in der Sitzung am 15. Juli 1901 das Ortsstatut betreffs **Einteilung der Wählerklassen** geändert wurde. Die Staatsregierung hatte eingesehen, welche allzu grobe Ungerechtigkeit darin liegt, daß die **Handvoll Wähler** erster Klasse für sich ebenso viele Stadtverordnete wählen dürfen wie die fast **20 000 Wähler** dritter Klasse. Die Staatsregierung wollte also diese häßliche Begünstigung des Geldsacks ein wenig mildern. Sie ließ aber drei Möglichkeiten der Abänderung zu. **Magistrat und Stadtverordnete** entschieden sich für die klüglichsche der Vnderungen. Der Kommunalvereinler Rechtsanwalt Dr. Keil sagte offen heraus, man solle doch kein Versteckspiel treiben; das Statut sei in der That gegen die Sozialdemokratie gerichtet. v. Hally rechnete nach, daß die Arbeiter nach ihrer Steuerleistung **nur auf zwei Stadtverordneten Ansprüche hätten**. Daß die Arbeiter erst die Mil-

tionen von Mark haben verdienen müssen, von denen die Reichen ihre Steuern zahlen, daß die Arbeiter in letzter Linie auch die 10 000 Mk. Jahresgehalt für Herrn Hally sich abschinden müssen und daß auch die **2000 Mk. Zulage**, die jetzt Herr v. Hally zu seinem Jahresgehalte verlangt, aus den Rippen der Arbeiter geschnitten werden, das scheint der zweite Bürgermeister von Groß-Krähwinkel, genannt Halle, nicht zu begreifen.

Es mag genug sein an diesen Beispielen! Sie alle zeigen, was Geistes Kind unser Magistrat und die kommunal vereinlichen Stadtverordneten sind.

Mitbürger der dritten Klasse! Schweres Unrecht, was an den Nichtbemittelten verübt worden ist, gilt es zu sühnen bei den Wahlen am 4., 5. und 6. November. **Niemand hilft uns, wenn wir uns nicht selbst helfen**. Wie die aus den Kommunalvereinen hervorgegangenen Stadtverordneten gewirkt haben, ist soeben an einigen — bei weitem nicht an allen — Beispielen gezeigt worden. Zugleich ergiebt sich aus den angeführten Beispielen, daß die sozialdemokratischen Vertreter und **nur sie** allenthalben für Recht und Gerechtigkeit eingetreten sind. — Schütteln wir darum endlich das Joch der Kommunalvereine ab! Machen wir uns frei von einem Klauenwesen, das nur das „öffentliche Wohl“ auf den Lippen führt, durch seine Thaten aber beständigen Verrat an der Bürgerschaft übt.

Nicht im Horn! Die Herren vertreten ihre Interessen und vertreten diese ausgezeichnet! Erkennen wir aber, daß die Interessen dieser Herren **nicht die unsrigen sind**. Laßt uns unsere Interessen mit derselben Schärfe wahrnehmen, und wählen wir deshalb Leute in das Kollegium, die zwar beim Magistrat nicht beliebt sind, die aber auch gar nicht nach dem Ruhme geizen, sich lieb Kind bei denen zu machen, deren Verwaltungssystem unsere Stadt dem Ruine zuführt.

Lange genug hat das verderbliche Regiment der kommunalen Vereine auf der Bürgerschaft gelastet! Ermannen wir uns und vereinigen wir unsere Stimme auf folgende Kandidaten, von denen jeder überzeugt sein darf, daß sie keiner Maßnahme zustimmen, durch welche der breiten Bürgerschaft Schaden zugefügt wird:

1. Bezirk (Marktviertel):

Redakteur Wilhelm Swienty.

2. Bezirk (Königsviertel):

Schneidermeister Adolf Albrecht (Wiederwahl).

3. Bezirk (Mausaer Viertel):

**Korrektor Karl Krüger (Wiederwahl),
Redakteur Adolf Thiele**

4. Bezirk (Magdeburger Viertel):

**Zeitungsverleger August Gross,
Mühlenbauer Gustav Schmidt.**

5. Bezirk (Neumarktviertel):

Tischlermeister Karl Reiwand.

Arbeiterssekretär Mathias Guldenberg

6. Bezirk (Halle-Nord):

Schriftseher Wilhelm Osterburg (Wiederwahl).

Der Sozialdemokratische Verein.

Verlag von Franz Lehmann, Halle a. S. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruckerei.